

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Nick Brauns

25.11.2019

Moskau als Makler

Russland vermittelt zwischen Türkei, Syrien und Kurden. Bundesregierung betreibt Appeasement gegenüber Ankara



Baderkhan Ahmad/AP Photo/dpa

Russische Truppen in der Nähe der Stadt Al-Darbasija in Syrien (1.11.2019)

Hintergrund: Terrorzentrale in der Chausseestraße

Komplett anzeigen

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hat am Freitag offiziell das Ende der »Operation Quelle des Friedens« verkündet. Mit diesem euphemistischen Namen hatte Ankara seinen am 9. Oktober begonnen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf das auch

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

als Rojava bekannte Autonomiegebiet in Nordsyrien bezeichnet. Es sei eine 145 Kilometer lange und 30 Kilometer breite »Sicherheitszone« errichtet worden, hatte Akar bereits am Donnerstag gegenüber türkischen Medien erklärt. Dabei sei ein Territorium in einer Gesamtfläche von 4.300 Quadratkilometer, in dem sich 600 Ortschaften befinden, unter türkische Kontrolle gebracht worden.

Noch am Montag hatte Ankara eine Fortsetzung der Offensive angekündigt, sollten Russland und die USA ihrer gegenüber der Türkei abgegebenen Verpflichtung, den kurdischen Milizen den Abzug aus einem 30 Kilometer tiefen Gebiet entlang der syrisch-türkischen Grenze sicherzustellen, nicht nachkommen. Doch am Mittwoch erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow laut der amtlichen russischen Nachrichtenagentur TASS, es habe sich bei dieser Drohung um ein »Missverständnis« gehandelt. Wahrscheinlicher ist, dass Moskau weiteren türkischen Expansionsgelüsten eine Schranke gesetzt hat. Denn auch in den letzten Tagen versuchten die von der türkischen Armee unterstützten dschihadistischen Söldnertruppen an den Rändern der sogenannten Sicherheitszone, deren Kontrolle der Türkei im Sotschi-Memorandum am 22. Oktober von Moskau zugestanden wurde, Macht über weitere Gebiete zu bekommen. Insbesondere die Gefechte im Umland der von christlichen Assyriern bewohnte Stadt Tel Tamer dauern an. Zudem wurden am Mittwoch mehrere Zivilisten nahe der Stadt Kobani bei einem Drohnenangriff getötet.

In Damaskus trafen Mitte der Woche Vertreter der syrischen Regierung und der Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien zusammen. Ziel der Gespräche ist es, von der bestehenden militärischen Kooperation zwischen der syrischen Armee und den Syrischen Demokratischen Kräften (SDK) zu einem politischen Abkommen zu gelangen. Dies scheiterte bislang an der unnachgiebigen Haltung von Damaskus. So hatte der syrische Präsident Baschar Al-Assad vergangenen Freitag in einem über seinen Telegramm-Kanal ausgestrahlten Interview deutlich gemacht, dass er eine Dezentralisierung Syriens ebenso ablehne wie die »separatistische« Forderung nach kulturellen Rechten für die Kurden.

Die russische Regierung ist derweil bemüht, ihre syrischen Verbündeten zu Zugeständnissen an die Kurden und zugleich die SDK zur Unterordnung unter Damaskus zu bewegen. So erklärte der russische Außenminister Lawrow Mitte der Woche, seine Regierung unterstütze die »Rechte der Kurden«. Diese könnten nur durch einen Dialog mit der syrischen Regierung sichergestellt werden. Gleichzeitig warf Lawrow den USA, mit

denen die SDK in Teilen Nordostsyriens ihre militärische Kooperation aufrechterhalten, vor, solche Friedensgespräche zu behindern.

Die Türkei hat mittlerweile damit begonnen, in dem besetzten Gebiet zwischen den Grenzstädten Tel Abjad und Ras Al-Ain Umsiedlungen vorzunehmen. Das berichten übereinstimmend das in Nordsyrien aktive »Rojava Informationszentrum« (RIC) und die in London ansässige »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte«. Entgegen der türkischen Darstellung handelt es sich bei den neu Angesiedelten offenbar weder um frühere Einwohner dieser Orte noch um syrische Flüchtlinge aus der Türkei, sondern um Familien dschihadistischer Kämpfer aus anderen unter türkischer Besatzung stehenden Regionen in Nordsyrien. Die türkische Armee eskortiere zweimal am Tag Fahrzeugkonvois mit Übersiedlern von der syrischen Grenzstadt Dscharabulus rund hundert Kilometer über türkisches Territorium bis nach Tel Abjad, meldet die Londoner »Beobachtungsstelle«. »Die Türkei sagt, dass die Bewohner von Tel Abjad heimkehren, aber das ist eine Lüge«, zitiert das RIC einen aus dieser türkisch besetzten Grenzstadt stammenden Kommunalvertreter. »Wir, die Einwohner aus Tel Abjad, können nicht nach Hause gehen. Diejenigen, die jetzt hierher gebracht werden, sind meist aus Idlib, Dscharabulus, Al-Bab, aber auch aus Homs und Hama sowie IS-Familien, die aus dem Lager in Ain Issa entkommen konnten, ja sogar Iraker ...«

Ankara hat angekündigt, einen Großteil der mehreren Millionen derzeit in der Türkei lebenden syrisch-arabischen Flüchtlinge in das Besatzungsgebiet in Nordsyrien umsiedeln zu wollen. Da diese aus anderen Regionen stammen, würde das eine erhebliche demographische Veränderung zu Lasten der kurdischen und christlich-assyrischen Bevölkerung bedeuten. Um sich dieses Vorhaben absegnen und möglichst durch europäische Partnerländer finanzieren zu lassen, hat die türkische Regierung die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs zu einem Syrien-Gipfel für den 3. und 4. Dezember am Rande des Londoner NATO-Gipfels eingeladen.

Zumindest von deutscher Seite ist kein ernsthafter Gegenwind zu erwarten. »Es ist in unserem Interesse, dass die Türkei, die auch ein Schlüsselverbündeter in der NATO ist, sich nicht von Europa wegbewegt«, hat Bundesaußenminister Heiko Maas am Mittwoch den Kurs vorgegeben. Die Bundesregierung bleibt mit dieser Appeasement-Politik gegenüber der Türkei auf alten Gleisen. Schon im Ersten Weltkrieg bügelte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Klagen des deutschen Botschafters in Konstantinopel über Massaker der türkischen Verbündeten an Armeniern mit den Worten ab: »Unser

einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Kriegs an unserer Seite zu halten,
gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht.«

23.11.2019